

# Erkenntnisse eines Taxifahrers

Der frühere britische Geheimdienstchef John Scarlett hat sich von dem 2002 vorgelegten Regierungsbericht über angebliche Massenvernichtungswaffen im Irak distanziert.

London (dpa) Die Anmerkung des damaligen Regierungschefs Tony Blair im Vorwort, der Geheimdienst habe die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Besitz des Irak „zweifelsfrei“ belegt, basiere nicht auf den Geheimdienstinformationen, die er im Hauptteil dargestellt habe, sagte Scarlett. Vor dem Untersuchungsausschuss des Parlaments über die britische Rolle im Irakkrieg sagte er weiter, Kritik an Blair habe ihm als damaligem Geheimdienstchef allerdings nicht zugestanden. „Das Vorwort war eine offenkundig politische Aussage des Premierministers. Es waren durchgängig seine Worte und seine Kommentierung.“

Scarlett hatte das Dossier verfasst, das Blair im September 2002, ein halbes Jahr vor Beginn des Kriegs, vorstellte. In dem Bericht hieß es, der Irak könne 45 Minuten nach einem Befehl des damaligen Machthabers Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen abfeuern. Briten und Amerikaner hatten sich auf diese Aussage als Notwendigkeit für einen Einmarsch in den Irak gestützt. Scarlett räumte nun ein, es wäre klüger gewesen, wenn sich das Zeitfenster von 45 Minuten klar auf Gefechtsmunition bezogen hätte statt für Raketen, die Massenvernichtungswaffen tragen könnten.



John Scarlett Foto: dpa

Der Bericht, ein Schlüsseldokument für den Beginn des Irakkrieges, wurde in der Vergangenheit vielfach als aufgebauscht kritisiert. Unmittelbar vor Beginn des Kriegs hatte der Geheimdienst allerdings in weiteren Berichten laut Scarlett ausdrücklich festgehalten, dass der Irak über keine Raketen verfüge, die Israel erreichen, oder die biologische Waffen transportieren könnten. Auch alle chemischen Waffen seien abgebaut worden.

Die Information über Massenvernichtungswaffen bezog die Blair-Regierung nach Angaben des Oppositionspolitikers Adam Holloway „von einem Taxifahrer an der irakisch-jordanischen Grenze, der sich an eine zufällig mitgehörte Unterhaltung in seinem Taxi vor zwei Jahren erinnert hatte“. Ein Geheimdienstmitarbeiter habe die Aussage in einer Fußnote als „nachweislich falsch“ bezeichnet. Die Regierung habe sie dennoch als wahr eingestuft und ihr Irak-Dossier darauf gestützt, schrieb Holloway in einem Bericht der Denkfabrik First Defence. Die Regierung kommentierte die Vorwürfe zunächst nicht.

Der Irak-Bericht von 2002 bekam später den Namen „dodgy dossier“ (zweifelhaftes Dossier), weil sich herausstellte, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen hatte. Großbritannien war im Frühjahr 2003 an der Seite der USA in den Irak einmarschiert – ohne UN-Mandat und gegen den Willen der meisten Briten. Vor dem Untersuchungsausschuss soll im kommenden Jahr auch Blair aussagen.



Einstiger Hoffnungsträger: Viktor Juschtschenko war das von einem Giftanschlag zernarbte Gesicht der orangenen Revolution. Die großen Erwartungen indes konnte er nicht erfüllen. Bei den kommenden Präsidentschaftswahlen wird er wohl keine Rolle mehr spielen. Foto: dpa

# Ein Schritt vor, zwei zurück

Fünf Jahre nach der orangenen Revolution herrscht in der Ukraine politisches Chaos / Demnächst wird wieder gewählt

**Fünf Jahre ist es jetzt her, da leuchtete die Ukraine in Orange. An Bäumen und Autos flatterten orange Bänder, viele Menschen trugen orange Hüte und Schals. Von den Hoffnungen hunderttausender Demonstranten auf mehr Demokratie ist nicht viel geblieben.**

Von ANNA PREIS

**Tschernihiw** Die Modeseason 2004/05 in der Ukraine war eigenartig. Obwohl die Experten behaupteten, dass Violett groß herauskomme, zogen die Boutiquen nicht mit. Sie übertrafen sich darin, immer mehr orangefarbene Accessoires in die Schaufenster zu stellen. Es war die Zeit, als die Hoffnungsträger der Opposition, Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko, mithilfe hunderttausender orangegewandeter Demonstranten die Macht errangen. „Vor fünf Jahren wurden die Ukrainer netter, offener und höflicher“, erinnert sich eine Beobachterin. Damals glaubten viele, dass alles gut werde. Wenige rechneten damit, dass es wird, wie es heute ist. Schlecht nämlich.

Am 17. Januar werden die Ukrainer einen neuen Präsidenten wählen. Während der letzten fünf Jahre haben sich die Gesichter der Kandidaten nicht verändert, ihre Zustimmungswerte allerdings schon. Amtsinhaber Juschtschenko wird aller Wahr-

scheinlichkeit nach abgewählt. Der 55-Jährige, der von der Partei „Unsere Ukraine“ unterstützt wird, käme einer Umfrage zufolge nur auf magere 3,1 Prozent. Der eigentliche Wahlkampf findet zwischen der heutigen Premierministerin Timoschenko mit ihrer Partei „Block Julia Timoschenko“ und ihrem Vorgänger Viktor Janukowitsch mit seiner „Partei der Regionen“ statt. Letzterer liegt bei 30,2 Prozent, die Regierungschefin bei 18,5 Prozent.

Im Sommer stieg ein junger Kandidat als neuer Hoffnungsträger auf: der ehemalige Parlamentspräsident Arsenij Jatsenjuk. Der 35-Jährige war zuvor schon Wirtschafts- und Außen-

## Internationaler Währungsfonds rettete das Land vor dem Bankrott

minister seines Landes gewesen. Mit seiner Partei „Front der Veränderungen“ werden ihm aber kaum mehr als 8,9 Prozent der Stimmen vorausgesagt.

Während Parteienstreit und immer wieder scheiternde Koalitionen das Land destabilisieren, geraten die dramatischen Wirtschaftsprobleme oft ins Hintertreffen. In der Finanzkrise musste das Land mit einem Milliardenkredit des Internationalen Währungsfonds gestützt werden. Und

der Streit um die Bezahlung der Gaslieferungen aus Russland führte im vergangenen Winter zu einem Lieferstopp des russischen Monopolisten Gazprom. In diesem Jahr wurde nun – auch auf Druck Europas, das um seine Gaslieferungen fürchtet – ein Vertrag zwischen Kiew und Moskau unterzeichnet, der die Lieferungen sichern soll. Gleichzeitig erlässt Gazprom der Ukraine sieben Milliarden US-Dollar (4,7 Milliarden Euro) an Strafzahlungen. Bei der Vertragsunterzeichnung ließ Putin demonstrative Sympathie für Timoschenko erkennen.

Das Volk schaut den Polit-Spielen zu – und schweigt, wie damals vor der orangenen Revolution. Historisch war das 46 Millionen Einwohner zählende Land für rund drei Jahrhunderte geteilt. Die Grenze markierte der Dnjepr – er teilt das Land in einen westlichen und einen östlichen Teil. Beide Regionen unterscheiden sich deutlich – da sind zum einen die westlichen, lange Zeit polnisch dominierten Territorien, die sich unter europäischem Einfluss entwickelten, und zum anderen die östlichen, in denen Russland und später die Sowjetunion ihre Spuren hinterließen.

Beide Hälften des Landes unterscheiden sich bis heute sowohl traditionell als auch mental und politisch. Im Westen sprechen die Menschen hauptsächlich Ukrainisch, sie sind deutlich religiöser und haben mehr Sympathie für

Europa. Bei den Menschen östlich des Dnjepr spielt Religion eine weniger große Rolle, sie sprechen vornehmlich Russisch und sympathisieren mit dem großen Nachbarland. Die Unterschiede wurden von interessierter Seite schon vor den Wahlen im Jahr 2004 in den Mittelpunkt gerückt.

In der Zeit bis 2004, als der Kommunist Leonid Kutschma noch Präsident war, konnte man die Fehler der Macht mit bloßem Auge sehen: keine Pressefreiheit, keine Opposition, dafür Verstöße gegen Menschenrechte. Heutzutage ist die Einflussnahme subtiler. Es gibt freie Medien, regierungsfreundliche und oppositionelle Parteien, viele gesell-

## Die Kandidaten überbieten sich in teuren Versprechungen

schaftliche Organisationen. Aber die Hoffnung der Menschen auf einen kraftvollen Neuanfang hat sich nicht erfüllt. Sie werden manipuliert: mit gekauften Nachrichten, mit politischer Werbung, mit der Bestechung von Wählern.

Ministerpräsidentin Timoschenko hat erst kürzlich eine Gehaltserhöhung für Lehrer und Briefträger genehmigt. Davor hatte Präsident Juschtschenko ein Gesetz zur Anhebung der Renten und Mindestlöhne unterschrie-

ben. Kostenpunkt: vier Milliarden Euro jährlich.

Die Kampagnen der Kandidaten unterscheiden sich kaum. Julia Timoschenko versucht, mit dem Thema Schweinegrippe zu punkten. Medienwirksam nahm sie Anfang November eine Lieferung von 300 000 Packungen des Grippemittels Tamiflu entgegen. Jetzt rief sie die Menschen dazu auf, sich Gesichtsmasken gegen die Übertragung der Krankheit zu nähen. Immer wieder lässt ihr Wahlkampfteam Angaben über angeblich hunderttausende Infizierte durchsickern. Offizielle Zahlen gibt es nicht.

Was die Ukrainer über die wichtigsten Fragen der Außenpolitik wirklich denken, ist schwer herauszufinden. Europa oder Russland? NATO? Die politische Aktivität der Bürger ist jedenfalls in den letzten Jahren merklich gesunken. Gegen die grassierende Korruption und Vetternwirtschaft in der Politik geht heute kaum noch jemand auf die Straße. Auch das Interesse auf EU-Seite hat nachgelassen. Die jahrelangen Versprechungen Kiews, die Dinge zu bessern, haben sich nicht erfüllt, ein EU-Beitritt liegt in weiter Ferne.

Anna Preis arbeitet in der nordukrainischen Stadt Tschernihiw (russisch Tschernigow) als Journalistin. Sie absolvierte kürzlich ein Praktikum bei der Märkischen Oderzeitung.

# Später Sieg über den weißen Mann

Freudentänze gab es keine, dennoch ist von einem historischen Schritt die Rede. Nach 13 Jahren erbitterten juristischen Ringens einigte sich die US-Regierung mit Indianern auf eine Entschädigung über mehr als drei Milliarden Dollar.

Washington (dpa) „Ich habe versprochen, dieses Problem zu lösen, und ich bin stolz darauf, dass meine Regierung diesen Schritt geschafft hat“, freute sich Präsident Barack Obama. Was die Anwälte beider Seiten ausgearbeitet haben, ist juristisch zwar höchst kompliziert, doch dahinter verbirgt sich die ganze Tragik der einst stolzen Indianervölker – die Landnahme durch weiße Siedler.

Konkret geht es um einen Fonds, den die US-Regierung 1887 gründete. In den Fonds sollten Gelder fließen, die Weiße für Nutzungsrechte in den Indianer-Reservaten zahlten – für Ölbohrungen, Weiderechte oder Abholzung zum Beispiel. Vorgesehen war, dass die betroffenen Indianer das Geld erhalten sollten, tatsächlich aber haben viele niemals auch nur einen Dollar gesehen. Andere wurden häufig mit kleinen Beträgen abgespeist.

Die Sache schleifte sich dahin – bis Elouise Cobell, eine entschlossene Schwarzfuß-Indianerin, 1996 eine Sammelklage einreichte. Sie verklagte die US-Regierung auf Herausgabe von sage und schreibe 137 Milliarden Dollar. Ein erbitterter Rechtsstreit begann. In den ersten Instanzen bekam die Indianerin recht. Die Regierung mobilisierte ihre Ressourcen, zeitweise beschäftigte sie rund 100 Anwälte, um die Forderungen abzuwehren.

So ganz zufrieden ist Cobell allerdings nicht. „Die Entschädigung ist wesentlich geringer als der volle Betrag, der den Indianern zusteht.“ Auch ist der Deal noch nicht ganz unter Dach und Fach, erst muss noch der Kongress zustimmen. Und längst nicht alle Indianer sind von der Einigung betroffen: Schätzungen zufolge leben derzeit zwischen 3,5 und vier Millionen Indianer in den USA, einst waren es wohl zwischen zehn und 18 Millionen – doch nur gut 300 000 werden jetzt entschädigt.



Elouise Cobell: erfolgreiche Klägerin Foto: AP

# Superlative bei Organisation und Logistik

Die Teilnehmer des Kopenhagener Klimagipfels tauchen in eine gigantische Kongresswelt ein / Babylon am Öresund

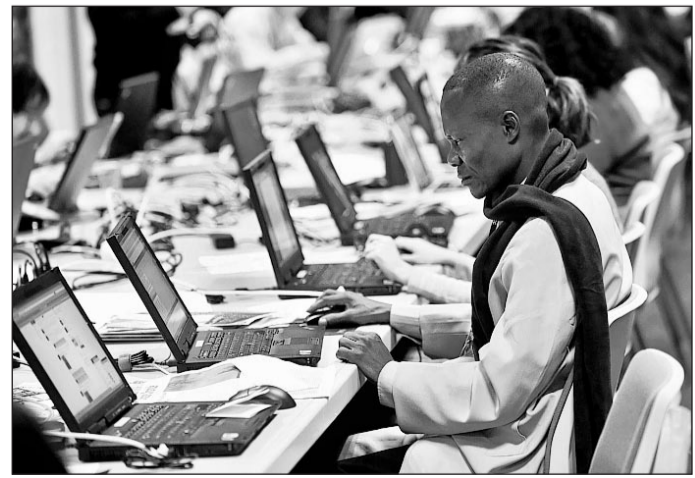
**Beim Weltklimagipfel in Kopenhagen erfährt man eine Menge, nur nicht, wie draußen das Wetter ist. Wer die Sicherheitsschleusen des Bella Center passiert, taucht ein in einen Mikrokosmos ohne Tageslicht.**

Kopenhagen (dpa) In Konferenzräumen, die „Asger Jorn“ oder „Nina Bang“ heißen, ringen Delegationen aus 192 Ländern bis zum 18. Dezember um die Zukunft des Planeten und die Eckpunkte eines tragfähigen Klimakompromisses. Auf den Fluren vor den verschlossenen Türen mischen sich Umweltaktivisten unter Anzugträger und Medienleute aller Nationalitäten und Hautfarben. Ein Babylon auf 77 000 Quadratmetern.

15 000 Menschen fasst das Kopenhagener Messegelände. Ungefähr 9000 Teilnehmer seien bereits für die ersten Konferenz-

tage angereist, sagt der Sprecher des UN-Klimasekretariats, John Hay. „Aber wir werden mit Sicherheit schnell die Obergrenze erreichen.“ 34 000 Menschen aus aller Welt haben versucht, sich für den Klimagipfel zu akkreditieren – viele vergeblich. Der Ansturm überumpelte auch die Organisatoren.

Am Sonntag, dem Tag vor der offiziellen Eröffnungszeremonie, staute sich die Besucherschlange bis weit vor das Gebäude. Delegierte der Salomoninseln zitterten Seite an Seite mit Afrikanerinnen in traditionellen Gewändern in der dänischen Winterkälte. Drinnen fertigte das Personal an Sicherheitskontrollen wie am Flughafen und Registrierungschaltern die Menschenmassen ab. Mancher Teilnehmer benötigte vier Stunden, um in die Konferenzhallen zu gelangen. Pannen gab's natürlich auch: So wurde ein chinesischer Regierungsvertreter gleich mehr-



Wie Hühner auf der Stange: Arbeitsbedingungen der auf dem Klimagipfel akkreditierten Journalisten Foto: dpa

fach abgewiesen. Mittlerweile läuft alles in geordneten Bahnen und schneller – es gibt inzwischen rund 20 parallele Kontrollbänder fürs Handgepäck. „Die Leute sind

gut gelaunt, der Job macht Spaß“, sagt der junge dänische Polizeibeamte, der in der Eingangshalle seinen Dienst tut. An ihm und seinen Kollegen muss jeder vorbei,

der hinein will ins Bella Center. Im Sekundentakt scannt er Besucherausweis um Besucherausweis, ein Computer gleicht die Fotos mit der Datenbank ab: „Zutritt gestattet.“

Sicherheitsbeamte, Garderobepersonal, Hostessen, Ärzte, Kellner – mehr als 2000 Menschen sind zwei Wochen lang im Einsatz, um die kleine Welt am Laufen zu halten, die über die Zukunft der großen zu entscheiden hat. Das rechnet Logistikchef Svend Olling vom dänischen Außenministerium vor. Eigentlich bietet das Bella Center alles und macht es damit eigentlich überflüssig, es je zu verlassen, ob Gebetsraum, Bank, Kiosk oder Postfiliale. Im „Fachgeschäft“ gibt es Verlängerungskabel, Taschenrechner und Angelschnur zu kaufen.

Täglich zur Mittagszeit schlägt die Stunde für Küchenchef Christian Krabbenhöft und seine

Kollegen vom Catering: „Die Leute wollen essen, alle wollen essen – und zwar jetzt, sofort!“ Rund 200 000 Mahlzeiten werden die elf Messe-Küchen bis zum Ende des Gipfels ausgegeben haben, schätzt Krabbenhöft. Zubereitet werden die Essen in zwei Hauptküchen. Hinter den Tresen in den Messehallen kommen Auf Lauf, Pizzaecken und Hähnchenfilets nur noch zum Erhitzen in große Öfen. Das Logistikbüro hat 1000 Kellner, 10 000 Hühnchen und 15 Tonnen Öko-Kartoffeln einkalkuliert.

„Die Situation wird in der nächsten Woche noch viel komplexer“, sagt John Hay vom Klimasekretariat voraus. Dann werden für die entscheidende Endphase der Verhandlungen 110 Staats- und Regierungschefs im dänischen Babylon erwartet – und mit ihnen noch mehr Offizielle, noch mehr Aktivisten und noch mehr Journalisten.